

Antwort des Stadtrates vom 22. August 2005

Abwanderung guter Steuerzahler

(S2.6.)

(Kleine Anfrage)

Josef Wiederkehr, Mitglied des Gemeinderates, hat am 30. Juni 2005 folgende Kleine Anfrage eingereicht:

"Beim Vergleich zwischen den Steuerstatistiken im Anhang der Geschäftsberichte 2003 und 2004 fällt auf, dass im Bereich der natürlichen Personen Verschlechterungen betreffend des steuerbaren Einkommens und der Steuereinnahmen festzustellen sind.

So ist festzustellen, dass die Anzahl der Steuerzahler im Bereich der oberen und mittleren Einkommen sowohl prozentual als auch absolut abgenommen hat. Identisch verhält es sich bei dem von ihnen erwirtschafteten Einkommen.

Dies verdeutlicht die folgende Zusammenstellung:

steuerbares Einkommen	2003				2004			
	Anzahl	Prozentual	Summe Einkommen in 1000	Prozentual	Anzahl	Prozentual	Summe Einkommen in 1000	Prozentual
Über 100'000	771	6.7	120'486.10	20.5	757	6.5	118'808.20	20.5
50'000-99'999	4'019	34.7	272'033.20	46.3	3'866	33.2	260'002.80	44.9

Worin sieht der Stadtrat die Ursache für diese Verschlechterung?

Hat sich der Stadtrat Gedanken gemacht, was dagegen unternommen werden soll?"

Der Stadtrat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Grundlage für die in den Geschäftsberichten veröffentlichten Zahlen zu den steuerbaren Einkommen sind die provisorischen Rechnungen des laufenden Steuerjahres. Erst nach Eingang der definitiven Einschätzungen werden die Rechnungen nach unten oder nach oben angepasst, was in den letzten Jahren meist zu Mehrerträgen führte. Die gemäss Statistik ausgewiesene Abnahme um 153 Personen der Einkommensgruppe zwischen 50'000 und 99'999 Franken und um 14 Personen mit Einkommen über 100'000 Franken ist in erster Linie eine Folge der ungünstigen Wirt-

schaftslage. Arbeitslosigkeit, ausbleibende oder verminderte Bonuszahlungen treffen auch auf die untersuchten Einkommensklassen zu.

Die Regierungsrichtlinien des Stadtrates sehen die „Förderung von qualitativ hoch stehendem Wohnungsbau“ vor. Die sich im Bau befindenden oder geplanten Wohnungen, Einfamilienhäuser und vorgesehenen Erschliessungen sollen zusätzlichen, attraktiven Wohnraum für Personen mit höherem Einkommen bieten. Die rege Bautätigkeit im Wohnungsbau führt dazu, dass vermehrt Wohneigentum erworben wird. Die Finanzierung durch die Aufnahme von Hypotheken und die damit verbundene Möglichkeit des Abzuges der Schuldzinsen kann - zumindest vorübergehend - tiefere steuerbare Einkommen zur Folge haben.

dd
0822Steuerzahler.doc

NAMENS DES STADTRATES
Der Präsident: Der Schreiber:

Hans Bohnenblust Thomas Furger

versandt am: